

**RP+** Geplante Erweiterung des Salzabbaus

## Xanten plant vorsorglich Geld für eine Klage ein

**Xanten** - Das Unternehmen K+S will den Salzabbau in Richtung Xanten vorantreiben. Die Stadt plant deshalb vorsorglich Geld für rechtliche Schritte dagegen ein.

06.04.2025 , 11:20 Uhr · 2 Minuten Lesezeit



Das Salz wird unterirdisch abgebaut. K+S will den Abbau in Richtung Xanten vorantreiben.  
Foto: Armin Fischer (arfi)

Die Stadt [Xanten](#) rechnet mit einer baldigen Entscheidung der zuständigen Bezirksregierung [Arnsberg](#) zum geplanten weiteren Salzabbau am Niederrhein. Im Hauptausschuss am vergangenen Donnerstag erklärte Bürgermeister [Thomas Görtz](#), dass zwischen den betroffenen Kommunen und ihren Anwälten bereits Abstimmungsgespräche dazu liefen, ob und welche Rechtsmittel infrage kommen könnten. Sollten sie zu dem Ergebnis kommen, dass sie gegen die Erweiterung des Salzabbaus klagen könnten und sollten, sei Xanten dazu in der Lage, bekräftigte der Verwaltungschef.

Anlass war ein Antrag der Grünen gewesen. Sie sprechen sich dafür aus, dass die Stadt in ihrem Haushaltsplan vorsorglich extra Geld dafür einplant, um ein Rechtsverfahren gegen eine Erweiterung des Salzabbaus führen zu können. Damit würde sie gegenüber den anderen Beteiligten und auch dem Adressaten der Klage – also dem Bergbau-Konzern K+S – deutlich machen, „dass die finanziellen Mittel dafür sicher bereitstehen“, schrieben die Grünen.

Die Stadt entgegnete in einer Stellungnahme, „dass die vorhandenen Haushaltsmittel für Rechtsberatungskosten ausreichend sind“. Und weiter: „Sollte dies nicht der Fall sein, könnten gegebenenfalls überplanmäßige Mittel zur Verfügung gestellt werden.“ Im Hauptausschuss ergänzte Thomas Görtz: „Die Mittel sind da, wir können damit klagen, wir haben das eingeplant, wir brauchen dafür keinen Extra-Topf.“

K+S plant eine Erweiterung des unterirdischen Salzabbaus zwischen Xanten, Alpen und Rheinberg. Die Kommunen haben große Bedenken dagegen geäußert. Sie befürchten langfristig Schäden an Straßen, Kanälen, Deichen und Gebäuden.

Ob Xanten gegen eine Genehmigung des weiteren Abbaus auch tatsächlich klagebefugt wäre, lasse sich aber erst sagen, wenn die Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg als zuständiger Bergbehörde vorliege, erklärte die Verwaltung. Da die Frist für rechtliche Schritte knapp sein könnte, hat der Rat die Stadtverwaltung vorsorglich schon ermächtigt, Klage einzureichen.

Thomas Görtz betonte im Hauptausschuss, dass die Verwaltung den Antrag der Grünen nicht ablehne, sondern feststelle, dass diese finanziellen Mittel bereits eingeplant seien. Die Botschaft solle daher sein, dass die Stadt „an der Seite“ der Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten und der Betroffenen „kämpfen“ werde.

Um eine solche Botschaft hatte Tanko Scholten (Fox) gebeten. Es gehe um einen Schutz gegen künftige Schäden durch den Bergbau, sagte er. Das Unternehmen müsse Salz abbauen können, aber wenn dadurch Schäden entstünden, müsse es auch dafür haften.

(wer up)

**RP+**

Persönlichen Link kopieren und diesen Artikel mit bis zu 10 Freunden teilen 🎁

Link kopieren